



Adivasi-Rundbrief 70

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
Dezember 2019

Nr. 70/1: Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen: Waldrechte der Adivasi sollen massiv eingeschränkt werden

Im September 2019 veröffentlichte die Adivasi-Koordination in Zusammenarbeit mit Amnesty International Deutschland (Indien-Ko-Gruppe), Brot für die Welt (Asien-Abteilung), Dalit Solidarität in Deutschland, FIAN International und Misereor e.V. (Asien-Abteilung) ein Papier mit dem Titel „Indien: Was vom Rechtsstaat übrig blieb“. Dieses Papier wurde an ausgewählte Bundestagsabgeordnete mit Indien- und Menschenrechtsbezug versendet. Wir dokumentieren im Folgenden von dem fünfseitigen Papier die für das Thema Adivasi relevanten Passagen.

Veränderte Waldgesetzgebung [in Planung]

Im Jahr 2006 reformierte die damalige Zentralregierung unter Führung der Congress-Partei die nationale Forstgesetzgebung und setzte der aus der Kolonialzeit stammenden Forststrahmengesetzgebung (Indian Forest Act, 1927) ein neues, auf Dezentralisierung angelegtes Gesetzespaket (Forest Rights Act; FRA) entgegen. Der FRA gewährt den lokalen, teils seit langem dort lebenden Waldbewohner*innen (überwiegend Adivasi-Gemeinschaften) Grundrechte am Wald, an den Waldprodukten wie auch am Land. Ebenso wurde dem lokalen Selbstverwaltungsorgan, der Gram Sabha (Dorfgemeinde), das Recht eingeräumt, selbstbestimmt über die auf ihren Gebieten liegenden Wälder zu entscheiden. Im Ergebnis wurde vielen staatlichen und privaten Projekten im Berg-, Damm-, Forstplantagen- oder Straßen-Bau Grenzen gesetzt. Wie auch den Wald- und Naturschutzorganisationen, die diesen Schutz einseitig zu Lasten der lokalen Bevölkerungen auslegen.

Im März 2019 präsentierte die BJP-geführte Zentralregierung Änderungen am Indian Forest Act, der als nationaler Gesetzesrahmen Vorrang vor bundesstaatlichen Regelungen beim FRA beansprucht und wieder der Zentralisierung von Entscheidungen Vorschub leisten würde. Das zuständige Ministerium (Ministry of Environment, Forests and Climate Change; MoEFCC) schickte die Gesetzesvorlage zur Konsultation an die Bundesstaaten.



Adivasi in Chhattisgarh nahe dem schützenden Dach eines Baumes: Bäume und Wald haben für Adivasi nicht nur eine ökonomische Bedeutung. Foto: Puspa Rokde

Gemäß dem neuen Entwurf würden spezielle Forstbeamte (Forest Settlement Officers) zukünftig die alleinige Entscheidungsgewalt über die Nutzung der Wälder und Rechtsstellung der Waldbewohner*innen erhalten. Es würde ebenso im Ermessen der Forstbehörde liegen, neue Waldreservate auszuweisen und gegebenenfalls die bisherigen Waldbewohner*innen aus diesem Gebiet zu entfernen bzw. zu vertreiben. Diese würden durch einen Verwaltungsakt von

einem Moment zum anderen in ihrer Eigenschaft als ursprüngliche Bewohner*innen enteignet oder sogar kriminalisiert. Die Gram Sabha als bisherige Entscheidungsinstanz würde völlig außen vor gelassen. Frühere Entscheidungen zugunsten der lokalen Bevölkerung im Rahmen der Vorgaben durch den FRA könnten unter Verweis auf geplante neue Waldschutzbestimmungen übergangen werden.

Schließlich sieht der Änderungsentwurf eine neue Kategorie im Rang eines Rechtsanspruches vor, d.h. der Wald als Produktionsfaktor (production forest) steht dann den Grundrechten der lokalen Waldbevölkerung gleichberechtigt gegenüber. Ohne Zweifel müssten die Waldnutzungen unter diesem Etikett Anforderungen der Nachhaltigkeit genügen. Es bedarf jedoch keines Propheten, um vorherzusagen, dass die im FRA gewährten Grundrechte der lokalen Waldbevölkerung und ihrer Gremien im Streitfall dem nationalen Interesse am nachhaltigen Produktionsfaktor Wald gemäß den Vorgaben des Indian Forest Act untergeordnet würden. Im Zweifelsfall entscheidet die Forstbehörde (Forest Settlement Officer) über die Vertreibung der lokalen Bevölkerung. Die Forstbehörde darf dabei zur Durchsetzung ihrer hoheitlichen Gewalt gegenüber der Waldbevölkerung von der Schusswaffe Gebrauch machen.

Drohende Vertreibung von indigenen Gemeinschaften (Adivasi) aus Waldgebieten

Im Februar 2019 urteilte der Supreme Court, dass Millionen Angehörige der Adivasi und andere lokale Waldbewohner*innen ihren angestammten Lebensraum verlassen müssten, falls das Urteil Bestand hat. Das Gericht gab damit einer Klage einiger Naturschutzverbände statt, die sich an der Nutzung und Besiedlung von Waldreservaten durch die lokale Bevölkerung störten und den Lebensraum wilder Tiere bedrohlich eingeengt sahen. Dieses Urteil würde alle jene Waldbewohner*innen mit Vertreibung bedrohen, die keine verbrieften Landrechte für das Waldterritorium besitzen. Die NGO Survival International schätzt, es könnten bis zu acht Millionen Menschen von Vertreibung bedroht sein.

Das bislang gültige Forstgesetz FRA garantiert all jenen, die mindestens drei Generationen am

Ort leben, das Recht auf dieses Land. Sie müssen es aber beantragen und registrieren lassen. Zwar schloss sich der Supreme Court der Argumentation der Naturschutzverbände an, setzte aber den Vollzug aus und räumte in einer zweiten Erklärung eine Frist bis Mitte Juli [2019] ein, in der insbesondere 16 Bundesstaaten die reale Faktenlage zur Registrierung und zum Registrierungsvorgang erläutern sollten.

In einem Bericht der Tageszeitung Times of India vom 12. August [2019] wird nun festgestellt, dass die bisherigen Antworten der Landesregierungen den Obersten Gerichtshof schockiert haben. Demnach haben die Verwaltungen in neun der 16 Bundesstaaten viele Anträge auf Land- und Waldrechte durch die lokale Waldbevölkerung schlicht fehlerhaft entschieden und abgewiesen. Häufig wurde den Antragsteller*innen nur ein Bruchteil der beantragten Fläche zugestanden; Anträge auf gemeinschaftliche (kollektive) Waldnutzungsrechte wurden kaum berücksichtigt. Verstörend an der o.a. Gerichtsverhandlung im Februar war außerdem, dass die Zentralregierung in Delhi keinen offiziellen Prozessvertreter benannt hatte, um die Rechte der lokalen Waldbevölkerung gemäß dem Forest Rights Act (FRA) zu stützen. Angesichts dessen gewährte der Supreme Court den verbleibenden sieben anderen Bundesstaaten einen Aufschub bis zum 12. September [2019], um ihre Berichte zum Stand der Registrierung nachzuliefern.

Ein höchstrichterliches Gremium hat unbeschadet der Garantien aus dem FRA zunächst zum Nachteil der lokalen Waldbevölkerung entschieden. Keine Regierungsinstanz sieht sich in der Lage oder scheint willens, ein noch gültiges Gesetz zu verteidigen. Die Garantie des Rechtsstaates auf ein faires Verfahren beschränkte sich hier im Moment allein auf die Möglichkeit, einen Prozess überhaupt führen zu können.

Adivasi-Koordination Deutschland in Zusammenarbeit mit Amnesty International Deutschland (Indien-Ko-Gruppe), Brot für die Welt (Asien-Abteilung), Dalit Solidarität in Deutschland, FIAN International und Misereor e.V. (Asien-Abteilung): Indien – Was vom Rechtsstaat übrig bleibt, September 2019. Das vollständige Papier kann angefordert werden bei [adivasi.koordination\[at\]gmx.de](mailto:adivasi.koordination[at]gmx.de).

Nr.70/2: Hasdeo Aranya-Wälder Chhattisgarh: Adivasi kämpfen für die Erhaltung der Wälder und die Bewahrung ihrer Lebensgrundlage

Seit dem 14. Oktober 2019 protestieren im Norden des Bundesstaates Chhattisgarh Adivasis aus 20 Dörfern für den Schutz der Hasdeo-Aranya-Wälder. Adressat des Protests ist die Regierung. Sie ist für die Genehmigung der Bergbauprojekte zuständig, die der Konzerngigant Adani dort realisieren will. Die Adivasis haben sich in der Bewegung „Hasdeo Aranya Bachao Sangharsh Samiti“ organisiert. Es geht ihnen um den Schutz ihrer Lebensgrundlage in einem dicht bewaldeten Gebiet, das sich über 1.700 Quadratkilometer erstreckt. Bei den Protesten prangern sie an, dass bei bereits bewilligten Projekten Umweltvorschriften missachtet worden seien und auch Vorschriften für das Verfahren der Landenteignung. Chhattisgarhs Regierung werfen sie grobe Versäumnisse vor. In ihrem Schreiben an den Ministerpräsidenten vom 21. Oktober führen sie an, dass die Regierung von Chhattisgarh für Wald-, und Umweltgenehmigungen und für Landenteignung zuständig ist. Sie vertreten den Standpunkt, dass es die Aufgabe der Regierung gewesen sei, im Genehmigungsverfahren Einwände vorzubringen. Sie berufen sich auf „Provisions of the Panchayats [Extension to the Scheduled Areas] Act“ (PESA Act, 1996) und den „Forest Rights Act“ (FRA, 2006). Demnach hätte die – fehlende - Zustimmung der „gram sabhas“ (Dorfversammlungen) von Regierungsvertreter*innen dokumentiert werden müssen.

Reaktionen auf die Proteste von Seiten der Regierung gab es bisher noch nicht. Aber, so berichtet Alok, ein Aktivist der Bewegung: „Wir erfahren viel Solidarität von verschiedenen Seiten und werden unseren Protest ausweiten.“ Die Adivasis fordern den sofortigen Stop der Landenteignung in den Dörfern Salhi, Hariharapur and Fathepur. Die Dörfer liegen in einem Gebiet, das als „Scheduled Area“ klassifiziert ist und in dem die Bevölkerung daher weitgehende kommunale Selbstverwaltungsrechte innehat. Laut PESA Act bedarf es bei Landenteignungen der Zustimmung der lokalen „gram sabhas“. Auch der Land Acquisition Act (LAA, 2013) schreibt dies vor. Die lokalen Gremien hatten jedoch nicht zugestimmt. Zudem geht es bei

dem Protest um die Rücknahme der Genehmigung für Waldrodungen für den geplanten Kohleblock Parsa. Auch bei diesem Projekt waren im Zuge des Genehmigungsverfahrens Bestimmungen missachtet worden. Laut „Forest Rights Act“ hätte zuvor über alle Anträge der Bewohner*innen über Waldrechte entschieden worden sein müssen. Es stehen jedoch noch Entscheidungen aus. Zudem hatten die „gram sabhas“ aus den Dörfern Salhi, Hariharapur, Fathepur and Ghatbarra dem Projekt nicht zugestimmt. Der Konflikt über Erschließungsvorhaben in der Hasdeo-Aranya-Region ist nicht neu. Bereits 2015 hatten sich dort 20 „gram sabhas“ deutlich positioniert. Unisono hatten sie eine Resolution verabschiedet. Darin hatten sie erklärt: „Wir werden uns künftig gegen jedwede Versteigerung / Landzuteilung für Kohleblöcke und Bergbauaktivitäten in der Region aussprechen.“

<https://www.newsclick.in/index.php/chhattisgarh-s-hasdeo-aranya-agitation-continues-state-govt-unresponsive>)



Protestaktion der „Hasdeo Aranya Bachao Sangharsh Samiti“. Foto: #SaveHasdeoAranya

Nr. 70/3 Vorschau: Landtagswahlen in Jharkhand - an fünf Terminen vom 30.11. bis 20.12.2019

Im Jahr 2020 jährt sich die Schaffung des Bundesstaates Jharkhand zum 20. Mal. Über Jahrzehnte kämpften Adivasi für einen eigenen Bundesstaat, das heißt die Loslösung der Distrikte mit einem erheblichen Anteil an Stammesbevölkerung von Bihar. Heute ist die Euphorie und Begeisterung, welche die politische Neuordnung vor fast 20 Jahren bei den

Adivasi ausgelöst hat, verschwunden. Die Adivasi bilden in Jharkhand eine relevante Minderheit: Gemäß der Volkszählung von 2011 beträgt ihr Anteil 26 Prozent. Seit 2014 ist Raghuraj Das von der Bharatiya Janata Party (BJP) Ministerpräsident von Jharkhand – in einer Koalition mit der All Jharkhand Students Union (AJSU). Damit ist erstmals ein Nicht-Adivasi Ministerpräsident von Jharkhand. Bevölkerungsgruppen wie die Other Backward Castes (OBC) bestimmen den Wahlausgang zu einem weit gewichtigerem Anteil als die Adivasi. Es handelt sich um Bevölkerungsgruppen, die sozio-ökonomisch benachteiligt sind, aber nicht zu den Dalits („scheduled castes“) zählen. In Jharkhand beträgt der OBC-Anteil an der Gesamtbevölkerung 49 Prozent (National Family and Health Survey 2015-16). Bei den bevorstehenden Landtagswahlen kann es durchaus zu einem Regierungswechsel kommen. 2014 erhielt die BJP so viele Sitze unter anderem auch deswegen, weil sie vom landesweiten pro-BJP-Trend profitierte, der in den Zentralparlamentswahlen im April-Mai 2014 Narendra Modi an die Macht gebracht hatte. Derzeit kann man von einem pro-BJP-Trend nicht sprechen, nachdem sich die Partei nach den eben abgehaltenen Landtagswahlen in Haryana und Maharashtra in der Opposition wiederfindet.

Drei Oppositionsparteien in Jharkhand – die Kongresspartei, Jharkhand Mukti Morcha (JMM) und die Rashtriya Janata Dal (RJD) - haben sich für den Wahlkampf verbündet. Derartige Bündnisse bereits zum Zeitpunkt, bevor ein Politiker seine Kandidatur erklärt und der Wahlkampf beginnt, sind wichtig, da in Indien wie in Großbritannien das Mehrheitswahlrecht gilt: Derjenige Kandidat im Wahlkreis mit den meisten Stimmen - eine relative Mehrheit genügt - bekommt den Parlamentssitz.

Vergleicht man die Aussagen der Wahlprogramme hinsichtlich „Adivasi“, so ist die stark von Adivasi geprägte JMM in ihren Aussagen am klarsten: Sie befürwortet die strikte Umsetzung der bestehenden Schutzgesetze für Adivasi-Land wie Chotanagpur Tenancy Act (CNT) und Santhal Parganas Tenancy Act (SPT), während unter der BJP-geführten Regierung den Versuch der Einschränkung dieser jahrzehntelang bestehenden Rechte gab (siehe Adivasi-Rundbrief 66). Im Wahlprogramm der

BJP stehen dagegen als Wahlziel im Vordergrund die Einrichtung von 70 neuen „Eklavya Vidyalayas“ (Regierungsschulen mit angeschlossenem Internat für Adivasi) sowie die Sicherstellung von mindestens einem Wohnheim für Adivasi-Schüler pro Distrikt.

Hindustan Times New Delhi 28.11.2019: How politics has evolved in Jharkhand in two decades. What next? All eyes on whether JMM's alliance with Congress and RJD can help bridge its deficit vis-à-vis BJP

Nr. 70/4 Landtagswahlen in Jharkhand 11-12/2019: Aktivistin Dayamani Barla kandidiert

Die Adivasi-Aktivistin Dayamani Barla aus Ranchi/Jharkhand war an der Spitze der erfolgreichen Bewegung gegen ein Großprojekt des Unternehmens Arcelor-Mittal, welches zu erheblichen Landverlusten für Adivasi geführt hätte. Im Jahre 2012 wurde sie inhaftiert, nachdem eine fast schon vergessene Anzeige aus dem Jahr 2006 gegen sie wiederum vorgebracht worden war (siehe Adivasi-Rundbrief 47). Bei den Wahlen zum Zentralparlament 2014 kandidierte Dayamani Barla für die Aam Aadmi-Partei im Wahlkreis Khunti und verlor. Bei den diesjährigen Landtagswahlen tritt Barla für die Partei Jharkhand Vikas Morcha an. Der Vorsitzende dieser Partei ist Babulal Marandi, früherer Ministerpräsident von Jharkhand.

Weitere Informationen [https://scroll.in: What sedition cases against 10,000 Adivasis in Jharkhand reveals about Indian democracy. An Interview with Dayamani Barla \[...\]](https://scroll.in: What sedition cases against 10,000 Adivasis in Jharkhand reveals about Indian democracy. An Interview with Dayamani Barla [...])

Adivasi-Rundbrief Nr. 70, Dezember 2019
Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, [escher_hallwas\[at\]freenet.de](mailto:escher_hallwas[at]freenet.de); Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de